



Debatte zur Aufnahme von Asylsuchenden durch Kommunen

Sehr geehrter Herr Präsident,
sehr geehrte Damen und Herren,

Europa will mehr sein als ein gemeinsamer Markt, will mehr sein als ein bloßer Verbund einzelner Staaten, will mehr sein als eine bloße Verwaltung. Europa will eine Wertegemeinschaft sein. Eine Gemeinschaft, die Freiheit, Gerechtigkeit und Menschenwürde garantiert. Europa will aus seiner Geschichte lernen!

Bei meinem zweiten Besuch auf Lesbos im November vergangenen Jahres musste ich leider eine bittere Niederlage dieser Wertegemeinschaft erleben. Mitten in Europa – und man kann das gar nicht oft genug betonen - hausen Kinder allein und schutzlos, unter Planen oder in einfachsten Zelten, ohne geregelte medizinische Versorgung. Ärzte vor Ort berichteten, die Verhältnisse seien zum Teil schlimmer, als in den Krisengebieten Afrikas, in denen sie vorher gewesen seien. Und das alles, weil es das sogenannte gemeinsame europäische Asylsystem nicht schafft, ihnen Obdach zu gewähren.

Wie konnte es soweit kommen? Wie entwürdigend ist es, dass dort keine sanitären Anlagen sind, Kinder buchstäblich im Müll leben? Und das Schlimmste: den Kindern fehlt es am Nötigsten, an Schutz und an Fürsorge. Es sind die Schwächsten, die weder etwas für die Konflikte dieser Welt können, noch für die Entscheidungen ihrer Eltern.

Die SPD fordert seit Jahren ein einheitliches Europäisches Asylsystem mit, und darauf muss Wert gelegt werden, mit einem funktionierenden, europäischen Grenzschutz. Wir hätten heute nicht diese Probleme an der Grenze, wenn konsequent gehandelt worden wäre. Warum die personelle Aufstockung von Frontex verschoben worden ist, bleibt mir bis heute ein Rätsel. Aber die Probleme auf europäischer Ebene dürfen eben nicht dazu führen, dass wir nicht tun, was wir können, um Kindern zu helfen. Sie brauchen diesen Schutz, sie brauchen ihn nötiger als alle anderen.

Deshalb habe ich nach meinem Besuch, zusammen mit zwei meiner Kollegen, Herrn Seehofer angeschrieben und um ein Sofortprogramm für Kinder gebeten.

Es geht nicht um ein Aufnahmeprogramm, das sofort und ungeprüft mit einem Aufenthaltsstatus verbunden ist. Nein, es geht darum, den Dublin-Mechanismus zu nutzen, um für ein paar hundert Kinder das Asylverfahren in Deutschland, also im geschützten Raum durchzuführen.

Ich wundere mich einigermaßen über die Kolleginnen und Kollegen von den GRÜNEN und ihrer unterschiedliche Wahrnehmung ihre Rolle im Bund und in den Ländern. Überall da, wo sie in der Opposition sind, fordern sie vollmundig große Zahlen von Flüchtlingen zu übernehmen. Da, wo sie in der Verantwortung sind, zögern sie oder stehen nicht an der Spitze.

Philipp Wedelich Pressestelle Lavesallee 6, 30169 Hannover	Tel.: (0511) 120-6259 Fax: (0511) 120-99-6555	www.mi.niedersachsen.de E-Mail: pressestelle@mi.niedersachsen.de
--	--	---

Mittlerweile haben sich weitere Bundesländer angeschlossen und nach meinem Wissen auch fünf europäische Staaten. Die Zustimmung der Bundesregierung steht nach wie vor aus.

Wenn immer alle warten, bis alle mitmachen, macht am Ende keiner was. Diese Stunde ist vorbei.

Ich bitte daher dringend darum, dass der Bund seiner Verantwortung gerecht wird und unsere Koalition der Willigen aus Ländern und Kommunen machen lässt.

Ich erwarte, dass wir die Zustimmung des Bundesinnenministers in Kürze bekommen. Zum Schutz der Menschen, ihrer Würde und zum Schutz der europäischen Werte!

Lassen Sie mich schließen mit einem Zitat von Erich Maria Remarque, dem großen deutschen Schriftsteller und Sohn meiner Heimatstadt, der Friedensstadt Osnabrück. Er hat einmal gesagt: „Die Humanität ist die Frage des 20. Jahrhunderts“. Und wenn so war, dann ist sie erst recht die Frage des 21. Jahrhunderts.

Vielen Dank.

Philipp Wedelich Pressestelle Lavesallee 6, 30169 Hannover	Tel.: (0511) 120-6259 Fax: (0511) 120-99-6555	www.mi.niedersachsen.de E-Mail: pressestelle@mi.niedersachsen.de
--	--	--